

# KV-Reform bringt Bundesrat in Nöte

Zwei Nationalrätinnen fragen, was sich die Landesregierung gedacht hat. Auch betroffene Schulen sehen viele Mängel.

Michael Nittnaus

Der Widerstand kommt spät, dafür umso heftiger. Und die beiden Basel mischen an vorderster Front mit: Dass der Bund die kaufmännische Ausbildung per Sommer 2022 komplett auf den Kopf stellen will, hatte schon an der Landratssitzung vom 22. April für hitzige Diskussionen gesorgt. Nicht nur Landräte, ob links oder bürgerlich, befürchteten grosse Probleme, auch die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind übte harsche Kritik und forderte eine Verschiebung der KV-Reform auf 2023 (die bz berichtete).

Nun formiert sich weitere Gegenwehr: Unabhängig voneinander reichen sowohl die Baselbieter SP-Nationalrätin Samira Marti als auch die Basler GLP-Nationalrätin Katja Christ zum Start der Sondersession heute Montag Interpellationen ein, mit denen sie den Bundesrat unter Druck setzen. Marti bemängelt,

«Die Kantone können die Reform noch stoppen.»



**Samira Marti**  
Baselbieter SP-Nationalrätin

dass die Reformvorlage ohne den Einbezug der Basis, also der Berufsfachschulen oder der Lehrbetriebe, erarbeitet worden

sei und die schwächsten Schülerinnen und Schüler am stärksten treffe. Und Christ fragt unter anderem, auf welchen wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen die geplante Umstellung zu Kompetenz- statt Wissensvermittlung basiere.

## **KV-Schule ist kritisch, Berufsverband nicht**

Mit der Reform sollen nicht mehr klassische Schulfächer gelehrt, sondern Kompetenzen vermittelt werden. Ein bisheriges Kernfach wie Finanz- und Rechnungswesen wäre dann nicht mehr obligatorisch. Und statt zwei soll nur noch eine Fremdsprache Pflicht sein. Auch von den beiden Leistungszügen B (Basis) und E (erweitert) wird Abschied genommen. Unbestritten ist bloss das Berufsmatur-Profil M. Allerdings fehlen künftigen KV-Schülern womöglich die Qualifikationen, um überhaupt die Berufsmaturität zu erlangen, womit ihnen auch

der Gang an eine Fachhochschule verwehrt bliebe.

«Schon auf Ebene der Volksschule funktioniert der reine Fokus auf Kompetenzen nicht. Die KV-Reform schwächt die Allgemeinbildung», sagt Marti zur bz. Und die Sprachenfrage «wird uns noch um die Ohren fliegen», ist sie überzeugt. Marti begrüsst, dass Gschwind mit weiteren Erziehungsdirektoren beim Bund Druck machen will, denn: «Ohne die Kantone geht es nicht. Sie können die Reform noch stoppen.»

Auch an der Front bei den betroffenen Schulen beschäftigt das Thema sehr. Rolf Schweizer, Leiter der Schulen KV Basel, hält zwar als erstes fest: «Einfach zu sagen, die Reform sei Mist, ist keine gute Haltung. Grundsätzlich ist es mit Blick auf den Arbeitsmarkt richtig, Handlungskompetenzen zu fördern.» Doch Schweizer hält die Änderungen bei den Fremdsprachen wie auch beim Finanz- und

Rechnungswesen ebenfalls für problematisch. «Die Reform darf keinen Qualitätsverlust bedeuten.» Schlicht «nicht umsetzbar» nennt er den Zeitplan des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation, schon in gut einem Jahr starten zu können. Zu viele Fragen seien noch ungeklärt und die Lehrkräfte müssten erst weitergebildet werden.

Erstaunlich einsilbig reagiert der Berufsverband KV Basel: «Die Reform ist nötig und wir unterstützen sie», sagt Präsident Daniel Loetscher. Er persönlich sehe zwar auch Probleme bei den Fremdsprachen und dem Zeitplan, doch nun müsse man abwarten, was der politische Prozess bringe. Diese Haltung überrascht Schweizer nicht: «Der Vorstand ist teils etwas weit weg.» Er nehme sich aber in die Pflicht, den Vorstand nun besser zu informieren, was die Reform für die Schulen genau bedeutet.